

Verein Ravia/Administrativ-Versorgte
Verein Fremdplatziert
Verein Netzwerk-Verdingt
IG Zwangssterilisiert

p.A. Freudenbergstrasse 101
8044 Zürich

An

- den Bundesrat
- die Konferenz der Kantonsregierungen

Zürich, 3. September 2012

Begehren in Sachen vormundschaftliche Zwangsmassnahmen

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte

Wir, die Unterzeichnenden, sind Betroffene von fürsorglichen Zwangsmassnahmen. Wir wurden in Waisenhäuser gesteckt, obwohl wir keine Waisen waren und mussten dort rigide Strafmassnahmen ertragen. Wir wurden in Anstalten und Gefängnissen versorgt, ohne dass uns ein Gericht dazu verurteilt hätte oder wir waren in Pflegefamilien oder bei Bauern verdingt und mussten unter erbärmlichsten Verhältnissen Gratisarbeit leisten. Oder wir wurden gegen unseren Willen oder ohne unser Wissen sterilisiert. Gemeinsam ist uns, dass wir unseren Eltern weggenommen wurden, weil sie in den Augen der Behörden angeblich ein liederliches Leben führten oder arbeitsscheu waren. Für diese Ungerechtigkeiten, die der Staat «Nacherziehung» nannte, mussten unsere Eltern in vielen Fällen sogar bezahlen. Im Gegenzug hat man uns zuerst die Kindheit genommen, dann die Würde, später teils auch noch unser Erspartes.

Auch wenn in den letzten zwei Jahren einiges in Bewegung gekommen ist, um unser Leid zu anerkennen. Konkret spüren wir nichts davon. Wir richten uns deshalb mit diesem Schreiben an Sie, um Ihnen unsere Situation in Erinnerung zu rufen:

Das Leid, das uns in unserer Kindheit und Jugend zugeführt worden ist, beschäftigt uns bis heute. Viele von uns Betroffenen sind daran zerbrochen, andere haben bis heute nicht einmal ihren engsten Angehörigen von ihren schmerzvollen Erfahrungen berichtet. Bis heute werden wir in den allermeisten Fällen für etwas stigmatisiert, für das wir keine Schuld tragen. Statt dass die Behörden uns und unseren Eltern geholfen hätten, wurden wir bestraft. Angeblich erfüllten wir die gesellschaftlichen Normen nicht. Diese Geschichte holt uns immer wieder ein – in Form unserer

Akten, ärztlichen Unterlagen, Einträgen bei Behörden. Jahrzehnte später müssen wir uns beim Arzt anhören: «Ach Frau X, Sie haben mal abgetrieben?» Oder: «So, Sie waren damals in der geschlossenen psychiatrischen Anstalt Y?»

Ja, einige von uns haben einmal ihr ungeborenes Kind abgetrieben. Aber nicht weil sie es wollten, der Eingriff wurde an ihnen ohne ihr Einverständnis vorgenommen. Und ja, einige von uns waren in der psychiatrischen Anstalt. Andere sogar im Gefängnis. Aber nicht, weil sie krank waren oder strafrechtlich belangt wurden, sondern weil die Behörde sie weggesperrt hat. Bis heute müssen wir uns für etwas rechtfertigen, obschon wir nichts dafür können.

Es ist heute in der Schweiz glücklicherweise unbestritten, dass es solche fragwürdigen, ja bedenkliche Zwangsmassnahmen nie mehr geben soll. Verschiedene Behörden haben sich inzwischen bei einzelnen Betroffenen-Gruppen entschuldigt. An dieser Stelle möchten wir den Empfang von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf in Hindelbank erwähnen, ein wichtiges Ereignis für die einst von der Gesellschaft weggesperrten Frauen und Männer. Allerdings sind wir in der tatsächlichen Aufarbeitung trotz dieses Anlasses nicht weiter. Für uns besonders schlimm: Das Thema ist breit anerkannt, doch passiert ist effektiv so gut wie nichts.

Einige Kantonsparlamente haben sogar politische Vorstösse für eine national koordinierte historische Aufarbeitung oder für einen Entschädigungsfonds für Härtefälle gutgeheissen. Doch damit scheint das Thema vielerorts vom Tisch. Fragen wir bei den Kantonen nach, sagt man uns, es sei Sache des Bundes, für eine Wiedergutmachung und für eine breite historische Aufarbeitung zu sorgen. Vom Bund werden wir zwar mit Respekt behandelt, immer wieder treffen sich Behördenvertreter mit Betroffenen, immer wieder wird uns in Aussicht gestellt, die offizielle Schweiz würde das an uns begangene Unrecht anerkennen und doch ist eine Rehabilitierung und eine würdevolle Wiedergutmachung aller Betroffenenengruppen nicht absehbar. Es scheint, als wolle niemand die Verantwortung für dieses Unrecht übernehmen.

Wir Betroffene stehen vor einer bitteren Realität: Viele haben bis heute ihre Akten nicht einsehen können, zahlreiche Betroffene leben am oder unter dem Existenzminimum, andere werden auch heute noch aufgrund ihrer Geschichte von den Behörden schikaniert. Damit wiederholt sich für viele genau das, was eigentlich nicht sein sollte: Einst wurden sie als Kinder und als junge Erwachsene von den Behörden im Stich gelassen, jetzt werden sie von den Behörden trotz vieler schöner Worte erneut enttäuscht.

Aus dieser Situation heraus gelangen wir an Sie mit folgender Bitte, sehr geehrte Bundesrätinnen und Bundesräte, sehr geehrter Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen:

- sorgen Sie dafür, dass sich die offizielle Schweiz mit einem formellen Beschluss des nationalen Parlaments bei allen Betroffenen von solchen fürsorgerischen Zwangsmassnahmen entschuldigt. Bei Verding-, Waisen- und Heimkindern, die psychisch, physisch oder sexuell missbraucht wurden, bei jenen, die in Gefängnissen und Anstalten administrativ versorgt wurden und auch bei jenen, die körperliche Eingriffe über sich ergehen lassen mussten, in dem man sie ohne ihr Wissen oder gegen ihren Willen sterilisiert hat.
- weisen Sie die Kantone und Gemeinden an, den Betroffenen endlich Einsicht in ihre Akten zu ermöglichen und in begründeten Fällen diese auch herauszugeben
- verpflichten Sie die zuständigen Stellen, endlich die historische Aufarbeitung national zu

- koordinieren und die nötigen Mittel dazu zu bewilligen.
- leiten Sie das Nötige ein, damit die Erkenntnisse dieser historischen Aufarbeitung in Erinnerung bleiben.
 - schaffen Sie die Voraussetzungen, damit in begründeten Fälle erlittenes Unrecht auch finanziell entschädigt werden kann.
 - gründen Sie deshalb einen «Runden Tisch», der offiziell für die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungspraxis im schweizerischen Sozialstaat, wie sie bis in die jüngste Vergangenheit praktiziert wurden, verantwortlich ist.

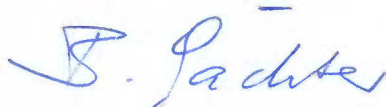
Diese Anliegen richten wir nun an Sie, sehr geehrte Mitglieder der Exekutiven von Bund und Kantonen. Wir appellieren an Sie, endlich eine würdevolle Lösung für eine Wiedergutmachung zu ermöglichen. Setzen Sie Kraft Ihrer Funktion ein Zeichen. Das neue Kinder- und Erwachsenenschutzrecht, das Anfang 2013 in Kraft tritt, wäre ein guter Zeitpunkt dazu.

Für Ihre Bemühungen in dieser Sache danken wir Ihnen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen



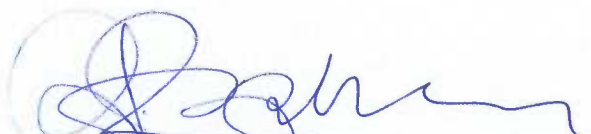
Verein Ravia/Administrativ-Versorgte
Ursula Biondi



Interessengruppe Zwangssterilisiert
Bernadette Gächter



Verein Fremdplatziert
Walter Emmisberger



Verein Netzwerk-Verdingt
Walter Zwahlen